

Müllparadies BRD

In Deutschland entstehen gigantische Überkapazitäten für die Abfallverbrennung. NABU fordert Moratorium und Ausbau der Recyclingwirtschaft

Rainer Balcerowiak

Lange Zeit galt die Bundesrepublik als einer der Musterknaben im Umgang mit Müll. Bereits 1993 wurden mit der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) die Weichen für die Abkehr von der Deponierung gestellt, seit dem 1. Juni 2005 ist das Ablagern nichtvorbehandelter Abfälle in Deutschland verboten. Parallel dazu wurden die Systeme zur Wertstoffgewinnung ausgebaut, angefangen von der Mülltrennung in Haushalten bis hin zur energetischen Nutzung vorbehandelter Abfälle in Kraftwerken. Der Ausbau der Kapazitäten für Müllverbrennung ging zügig voran, die Recyclingquote stieg stetig, auch durch Sondererfassungssysteme für Papier und Glas. Doch das Saubermannimage der deutschen Müllpolitiker ist mittlerweile reichlich angekratzt. Besonders im Osten Deutschlands gibt es in steter Regelmäßigkeit Skandale um illegale Deponien. Unternehmen sparen sich auf diese Weise die Gebühren für Weiterverarbeitung bzw. Verbrennung ihrer Abfälle. Auch von illegalen Exporten nach Osteuropa, Afrika oder Asien wird regelmäßig berichtet. Oft handelt es dabei um gefährlichen Sondermüll, der die Anwohner der Ablageplätze akut gesundheitlich gefährdet oder zur Verseuchung des Grundwassers führt.

Doch außer diesen kriminellen Machenschaften droht der Müllverarbeitung in Deutschland mittlerweile eine strukturelle Krise. Eine im Auftrag des Naturschutzbund Deutschland (NABU) vom Wirtschaftsforschungsinstitut prognostizierte Studie kommt zu dem Ergebnis, daß in absehbarer Zeit große Überkapazitäten bei der Müllverbrennung entstehen könnten. Falls alle im Bau befindlichen oder geplanten Anlagen ihren Betrieb aufnehmen, könnten diese im Jahr 2020 bis zu 33 Millionen Tonnen Abfall verbrennen. Die im Inland anfallende Menge werde aber maximal 27 Millionen Tonnen betragen. Bei einem ökologisch und ökonomisch sinnvollen und auch von der EU geforderten - Ausbau der Recyclingwirtschaft würde die Menge sogar weit darunter liegen. Bereits jetzt sei Deutschland zum größten Müllimporteur in der EU avanciert, so der NABU-Präsident Olaf Tschimpke am Dienstag in Berlin bei der Vorstellung der Studie. 2007 betrug der Einfuhrüberschuß rund zwei Millionen Tonnen.

Verbrennungsanlagen und Kraftwerke zur energetischen Verwertung sogenannter Ersatzbrennstoffe aus vorbehandeltem Müll (EBS) lassen sich nur bei hoher Auslastung wirtschaftlich betreiben. Da mittlerweile fast zwei Drittel aller Anlagen entweder von Privatunternehmen oder in Public Private Partnership - Trägerschaft (PPP) betrieben werden, ist abzusehen, daß diese Firmen, aber auch kommunale Betriebe, alles versuchen werden, so viel Müll wie möglich als »Futter« für ihre Anlagen zu bekommen. Längst hat sich das lukrative Geschäft mit dem Abfall zu einem der korruptesten Bereiche im Zusammenspiel von kommunalen Verwaltungen und privaten Investoren entwickelt. Überregional bekannt wurde der Kölner Müllskandal, wo ein Unternehmer hochrangige Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Abgeordnete aller Stadtratsfraktionen schmierte, um die Genehmigung für eine offensichtlich überdimensionierte Verbrennungsanlage zu erhalten. Kenner der Szene, wie der Korruptionsexperte und Buchautor Werner Rügemer, gehen davon aus, daß es ähnliche Vorgänge, wenn auch eine Nummer kleiner, in vielen Kommunen gab.

Der NABU befürchtet, daß der Ausbau der Verbrennungskapazitäten zu Lasten der Recyclingquote gehen würde, was den Intentionen der Abfallgesetzgebung diametral entgegensteht. Für nicht ausgelastete Anlagen und deren hohe Betriebskosten würden hingegen die Bürger in Form von höheren Abfallgebühren zur Kasse gebeten werden. Die Organisation wies auch auf die ökologische Problematik hin. Zum einen sei die Müllverbrennung, besonders bei den EBS-Kraftwerken, alles andere als eine saubere Technologie. Außerdem würden die meist mit LKW durchgeführten Müllimporte für erhebliche CO₂-Emissionen sorgen, so Tschimpke. Angesichts der bevorstehenden Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes forderte der NABU-Präsident von der Bundespolitik »neue Weichenstellungen«. Durch konsequente Förderung der Müllvermeidung und der stofflichen Verwertung könnten Fehlanreize zum Ausbau der Müllverbrennung überwunden werden. Zumal laut einer EU-Untersuchung die Recyclingwirtschaft bezogen auf die verarbeitete Abfallmenge zwischen fünf- und siebenmal mehr Arbeitsplätze schafft als die Verbrennung. Ohnehin könne es sich ein rohstoffarmes Land wie

Deutschland volkswirtschaftlich nicht leisten, auf die Gewinnung verwertbarer Grundstoffe und Halbfertigprodukte aus Müll, beispielsweise zur Wärmedämmung, zu verzichten. Für Neubauten und geplante Kapazitätserweiterungen bestehender Anlagen verlangt der NABU ein Moratorium. Auch das seinerzeit für Deponien geltende »Näheprinzip« müsse für die Verbrennung und Müllbehandlung eingeführt werden, um den lukrativen, aber ökonomisch und ökologisch desaströsen Mülltourismus einzudämmen, so Tschimpke.